ANTRAG

*Antragsteller*in:* *Bundesvorstand*

Tagesordnungspunkt: *16.b. Leitantrag des Bundesvorstands*

LA: Vielfalt statt Einfalt: Zuwanderung mit Plan

Antragstext

Migration und Asyl sind zwei eng verwandte, aber unterschiedliche Themen, die oft vermischt werden – gerade deshalb ist es wichtig, sie klar zu trennen. Migration umfasst den breiteren Rahmen der Wanderungsbewegungen von Menschen, die aus verschiedenen Gründen – etwa Arbeitssuche, Ausbildung oder Familienzusammenführung – ein neues Land wählen. Asyl hingegen betrifft Menschen, die aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen verfolgt werden oder vor Krieg und Gewalt fliehen und internationalen Schutz suchen. Sowohl Migration als auch Asyl sind zweifellos zentrale Themen unserer Zeit – und es ist höchste Zeit, dass wir als Liberale unseren Standpunkt deutlich machen. Wir reden nicht nur darüber, weil die Zahlen steigen, sondern weil es um weit mehr geht als reine Quantität.

Es geht zum einen darum, wie Europa als Wertegemeinschaft Migration qualitativ gestalten kann – durch klare Regeln, Chancen und Grenzen. Dabei unterscheiden wir Liberale uns sowohl von denjenigen, die Zuwanderung uneingeschränkt ablehnen, als auch von jenen, die jede Form der Zuwanderung als unproblematisch betrachten. Wir sehen Migration als Herausforderung, aber vor allem als Chance für Fortschritt und Vielfalt, wenn sie gut gesteuert ist.

Bei Asyl ist unser Ansatz weder blind idealistisch noch von Angst getrieben an das Thema heranzugehen. Während links oft die humanitäre Verantwortung betont wird und rechts vor allem Sicherheitsbedenken dominieren, suchen wir einen rationalen, lösungsorientierten Weg, der Österreich und Europa stärkt. Denn klar ist: Wir haben eine moralische Verpflichtung, Menschen in Not zu helfen. Doch genauso klar ist, dass Europa nicht unbegrenzt aufnahmefähig ist und Lösungen braucht, die sowohl humanitär als auch realistisch umsetzbar sind.

Unser Fokus liegt daher auf einem ausgewogenen und verantwortungsbewussten Umgang mit Migration. Wir müssen unsere Attraktivität durch kluge

Migrationspolitik nutzen, ohne dabei soziale oder wirtschaftliche Überforderungen zu riskieren. Migration bedeutet Wandel, und diesen Wandel können wir aktiv und konstruktiv mitgestalten – für ein Europa, das Chancen für alle bietet und gleichzeitig klare Rahmenbedingungen schafft.

Asyl neu gestalten

Ein neues Asylsystem für die Europäische Union

Derzeit stemmen einige wenige Mitgliedstaaten, darunter auch Österreich, die gesamte Last an Asylsuchenden in der Europäischen Union. Dass dieser Zustand weder nachhaltig noch solidarisch ist, hat auch die EU erkannt und hat hierzu begrüßenswerte Reformen des Asylsystems angestoßen[1], die wir Junge liberale NEOS - JUNOS ehestmöglich umgesetzt wissen wollen:

- Die ausnahmslose Registrierung aller Asylwerber:innen an der EU-Außengrenze
- Die Durchführung des Asylverfahrens direkt an der EU-Außengrenze, wenn nur geringe Chancen auf Gewährung von Asyl vorliegen
- Ein EU-weit einheitliches Asylverfahren, das eine schnellere Bearbeitung der Anträge möglich macht
- Eine Residenzpflicht für Flüchtlinge in dem Mitgliedstaat, der für ihr Asylverfahren zuständig ist
- Schnelle und effektive Ablehnung unbegründeter oder unzulässiger Anträge
- Die Erteilung einer Arbeitserlaubnis nach spätestens sechs Monaten
- Die Option der Schaffung einer legalen Einreisemöglichkeit für von den Vereinten Nationen anerkannte Flüchtlinge aus Drittstaaten durch die Mitgliedstaaten[2]

All diese Maßnahmen sind wichtige Schritte in die richtige Richtung. Jedoch werden diese neuen Regeln allein nicht ausreichen. Daher fordern wir Junge liberale NEOS - JUNOS:

- Abschließen von effizienten Abkommen über die Rückführung von nicht

schutzbedürftigen Personen in deren Heimatländer und oder Drittstaaten, die sich zur Aufnahme bereiterklären (insb. Nachbarländer von Afghanistan für nicht schutzbedürftige bzw. schutzverwirkt habende Afghanen) und in denen keine Gefahr für Leib und Leben besteht

- Die Aberkennung des Schutzstatus bzw. Einstellung des Asylverfahrens, wenn der Antragssteller ins EU-Ausland/Heimatland reist

- Die Ausweisung von Personen mit rechtskräftig negativer Entscheidung über ihren Schutzbedarf innerhalb einer Woche

- Die Abschaffung der Möglichkeit, dass Mitgliedstaaten anstelle der Aufnahme von Asylwerber:innen lediglich finanzielle oder organisatorische Unterstützung leisten können - diese würde erneut zu einer unsolidarischen Aufteilung der Schutzsuchenden führen

- Effektive Umsetzung von Schutzaberkennung bzw. -ausschluss bei der Begehung schwerer Straftaten nach Art. 2 und 3 EMRK

Eines der zentralen Probleme, dass mit der Zuwanderung und den illegalen Fluchtrouten einhergeht, ist das Problem der Schlepperei. Schlepper bereichern sich an der Not und am Leid der Flüchtenden und setzen diese manchmal Todesgefahren aus. Zusätzlich dazu entstehen der EU und den MS durch Schlepperei auch enorm hohe Kosten Das Problem der Schlepperei kann die EU nur mit vereinten Kräften in den Griff bekommen. Daher fordern wir:

- Die Möglichkeit für Schutzsuchende, nach kanadischem Vorbild im Rahmen eines Resettlement-Programmes des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen legal in die EU einzureisen.

- Die Erhöhung des Strafmaßes bei Schlepperei von derzeit zwei[3] auf bis zu zehn Jahre Haft, bei erneuter Verurteilung soll die Höchststrafe, lebenslange Haft, angewendet werden

- Die stärkere Zusammenarbeit und gemeinsame Vorgehensweise der Mitgliedstaaten im Kampf gegen Schlepperei

Integration für ein gelungenes Miteinander

Integration ist wichtig, weil sie Menschen unterschiedlicher Herkunft verbindet und ein harmonisches Zusammenleben fördert. Sie ermöglicht den Austausch von

Kulturen, Ideen und Werten, was zu gegenseitigem Respekt und Verständnis führt. Durch Integration können Barrieren abgebaut werden, sodass jeder die gleichen Chancen hat, sich zu entfalten und an der Gesellschaft teilzuhaben. Nur so entsteht ein starkes, vielfältiges und friedliches Miteinander. Für uns ist klar: Integration ist eine Verpflichtung, da nur durch sie potenzielle Probleme und die Bildung einer Parallelgesellschaft verhindert werden können.

Deutsch als Schlüssel zur Integration

Die Sprache ist einer der wesentlichen und wichtigsten Integrationsfaktoren. Genau deshalb ist es wichtig, dass Deutsch von Menschen, die nach Österreich kommen, beherrscht wird. Derzeit haben sie oft nicht die Möglichkeit, da es teilweise nur wenige Angebote gibt. Jene im städtischen Raum sind oft ausgelastet, im ländlichen Raum gibt es kaum Möglichkeiten. Während des Verfahrens können in manchen Bundesländern noch keine Deutschkurse besucht werden. Das muss sich ändern, wir Junge liberale NEOS - JUNOS fordern, dass ab Tag 1 nicht nur Deutsch gelernt werden kann, sondern auch muss.

Auch in Schulen ist Deutsch die Voraussetzung, um dem Unterricht folgen zu können, daher fordern wir Junge liberale NEOS - JUNOS ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für Kinder, deren Deutschkenntnisse (noch) nicht für den Schulunterricht ausreichen. Des weiteren schließen wir uns hier den JUNOS Schüler:innen an, indem wir finden, dass es eine Umkehrung der Budgetlogik von Schulen braucht: Schulen sollten nicht top-down ein gewisses Budget gesetzt bekommen, sondern stattdessen sollten sie primär bottom-up via marktwirtschaftlichen Mechanismen finanziert werden. Konkret bedeutet dies, dass jedes Kind einen Bildungsscheck bekommt, welchen die Eltern für eine Schule ihrer Wahl nutzen können. Die Höhe dieses Bildungsschecks soll sich an den Herausforderungen bemessen, die dieses Kind mit sich bringt. So bekommen Schulen mehr finanzielle Mittel für jene Kinder, die z.B. Defizite in der deutschen Sprache haben und verfügen von nun an auch über die notwendigen Ressourcen, um diese Herausforderungen stemmen zu können.

Gerechte Verteilung

Wir fordern eine gerechte Aufteilung der Asylwerber:innen auf die Bundesländer. Zwar haben sich die Bundesländer auf verpflichtende Quoten geeinigt, die es zu erfüllen gilt, allerdings werden diese derzeit nur von Wien eingehalten. Auch innerhalb der Bundesländer ist eine möglichst breite Verteilung auf die unterschiedlichen Gemeinden anzustreben, um Ghettobildung entgegenzuwirken.

Zusätzlich dazu soll es für die Dauer des Verfahrens eine Residenzpflicht geben.

Um diese im Rahmen des Gesetzes möglich zu machen, muss ausreichend Infrastruktur vorhanden sein und es muss genügend Integrationsmaßnahmen vor Ort geben.[4] Bei Arbeitsaufnahme in einem anderen Bundesland gilt die Residenzpflicht nicht.

Zugang zur Arbeitswelt

Arbeit ist ebenso wie Sprache eine der wichtigsten Integrationschancen. Asylwerber:innen sollen in Österreich nach drei Monaten (Also doppelt so schnell als das aktuelle EU-Minimum) die Berechtigung erhalten, einer Beschäftigung nachzugehen. Dadurch kommen sie mit den Menschen in Österreich in Kontakt und können einen geregelten Arbeitsalltag erleben. Sie erhalten dadurch außerdem die Chance, nicht länger auf Sozialleistungen angewiesen zu sein und sich ein eigenes Leben aufzubauen.

Zweckmäßige Sozialleistungen

Derzeit sind die Sozialhilfezahlungen der Bundesländer unterschiedlich. Expertinnen und Experten sind sich einig, dass die Sozialhilfe einheitlich gestaltet werden muss. Daher fordern wir eine bundesweit einheitliche Sozialhilfe mit zentral Vorgegeben Regelsätzen.

Zudem wollen wir dort, wo möglich, Sach- statt Geldleistungen forcieren, um die Zweckentfremdung der Mittel zu verhindern. Für Geldleistungen soll es, wie etwa in Deutschland, eine Bezahlkarte geben, die verhindert, dass Geld ins Ausland geschickt wird und/oder die Mittel zweckentfremdet werden.

Außerdem soll es möglich sein, dass Transferleistungen bei Verfehlungen der Personen, wie etwa das Fernbleiben von verpflichtenden Kursen oder beim Nichterscheinen der Kinder in der Schule, gekürzt und in letzter Konsequenz auch gestrichen werden können.

Werteschulungen

Verpflichtende Werteschulungen sind ein zentraler Baustein für gelungene Integration. Sie helfen Menschen, sich auf ihr Leben in der neuen Gesellschaft vorzubereiten, und fördern das Verständnis für grundlegende Normen und Erwartungen. Diese Schulungen sollen neben den oben bereits angeführten Deutschkursen drei zentrale Bereiche abdecken: **Werte, Orientierung** und **Arbeitsmarkt**. Die Teilnehmer erlernen die deutsche Sprache als Schlüssel zur Verständigung, während sie gleichzeitig mit den grundlegenden Werten und gesellschaftlichen Normen vertraut gemacht werden. Dabei wird der Fokus auf

Themen wie Demokratie, Gleichberechtigung, Respekt und Toleranz gelegt. Zusätzlich erhalten sie Orientierung im Alltag sowie Einblicke in den österreichischen Arbeitsmarkt und die dafür notwendigen Voraussetzungen. Diese Schulungen tragen dazu bei, dass Neuankömmlinge nicht nur sprachlich und kulturell Anschluss finden, sondern auch aktiv an der Gesellschaft und am Arbeitsleben teilnehmen können. So wird Integration für alle Beteiligten erfolgreicher und nachhaltiger gestaltet. Das Ziel sollte sein, dass die Menschen Deutsch lernen, unsere Werte leben und Steuern zahlen.

Zukunft mit Fachkräften sichern

Für uns Junge liberale NEOS - JUNOS ist klar, dass Österreich qualifizierte Zuwanderung braucht, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Derzeit ist es für Migrant:innen aber unnötig schwierig, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, auch deswegen ist Österreich daher ein unbeliebtes Ziel für Fachkräfte. Diese würden aber derzeit mehr denn je gebraucht, da es aktuell etwa 175.000 offene Stellen in Österreich gibt.[5] Zudem fordern wir eine staatliche Strategie zur Anwerbung von Fachkräften, wie sie zB das UK oder die USA haben.

Reform der RWR-Karte

Beim Anwerben von dringend benötigten Fachkräften hätte die Rot-Weiß-Rot-Karte Abhilfe schaffen sollen. Doch diese ist eher ein Bürokratiemonster als eine Vereinfachung. Die Bearbeitung der Anträge dauert meistens mehrere Monate und es sind drei verschiedene Behörden zuständig. Andere Länder sind hier schon deutlich weiter, vom Zeitpunkt der Antragsstellung bis zum Ausstellungszeitpunkt vergeht etwa in den Vereinten Arabischen Emiraten nur eine Woche.

Wir möchten die bürokratischen Hürden verringern, die Einkommensgrenze senken und klare Regeln aufstellen. Das ist in Österreich möglich, daher fordern wir die einheitliche Zuständigkeit einer Verwaltungsbehörde und eine Entscheidung binnen zwei Wochen, um Österreich so für Fachkräfte wieder attraktiver zu machen. Anträge, die von Personen gestellt werden, die bereits eine Einstellungszusage für mindestens ein halbes Jahr haben, sollen hierbei bevorzugt behandelt werden. Ebenso soll es für Arbeitskräfte, welche in innovativen Branchen tätig sind, ein Fast-Track-Verfahren geben.

Die Qualifikationen sollen via eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild bewertet werden.[6]

Schnellere Anerkennung von Abschlüssen

Offiziell darf die Anerkennung einer in Drittstaaten erworbenen Ausbildung bis zu vier Monate dauern. In der Praxis ist das aber so gut wie nie der Fall, die Übersetzung der Dokumente und weitere bürokratische Hürden führen dazu, dass sich die Anerkennung oftmals über mehrere Jahre statt Monate zieht. Das schreckt Fachkräfte natürlich ab. Wir fordern ein transparentes Anerkennungssystem, in dem auch bereits bekannte Studiengänge abgespeichert werden, um so zu ermöglichen, dass Absolvent:innen derselben Studiengänge ein beschleunigtes Verfahren erwarten können.

Bezahlte Stipendien

In unterschiedlichen Branchen werden dringend Fachkräfte gesucht, im Gesundheitsbereich herrscht etwa ein großer Mangel an Pflegekräften. Um aktiv Fachkräfte anzuwerben, ist es eine Möglichkeit, dass Stipendien durch Unternehmen vergeben werden, um Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben. Die Ausgaben dafür sollen von der Steuer absetzbar sein, sofern es sich um Mangelberufe handelt. Ein weiterer Vorteil ist, dass so besser gewährleistet werden kann, dass die Ausbildungen unseren europäischen Qualitätsstandards entsprechen.

Visa für schlaue Köpfe

Nach dem Vorbild der Niederlande fordern auch wir einjährige Visa für Absolvent:innen der Top 200 Universitäten. Selbstverständlich ist bei diesen Visa auch eine Arbeitsbewilligung inbegriffen. Das Visum wird bei Erwerbstätigkeit der Person automatisch für einen angemessenen Zeitraum verlängert.

[1]https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/migration-and-asylum/pact-migration-and-asylum_en

[2] Ebenda

[3] § 114 (1) FPG

[4]Untitled (parlament.gv.at) Zugriff am 4.10.2024

[5] https://www.statistik.at/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitskraeftenachfrage/offene-stellen

[6]https://junos.at/beschlusslagen/liberales-zuwanderungsmodell/